

"Russland, China, Terror" 27.04.2015



BERLIN/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Das Bundeskanzleramt ist schon frühzeitig über die BND-Weitergabe von Kommunikationsdaten deutscher Konzerne und französischer Behörden an die NSA informiert gewesen. Dies geht aus aktuellen Medienberichten hervor. Demnach hielt der BND bereits 2005 fest, dass bei ihm abgefragte Daten nichts mit dem sogenannten Anti-Terror-Krieg zu tun hatten, und informierte mehrmals die zuständige Geheimdienstkontrolle im Kanzleramt. Während der

Airbus-Konzern nicht mit besonderen Nachteilen rechnet, hat die Bundesregierung noch nicht zu der Frage Stellung genommen, wieso der BND Daten eines ihrer engsten Verbündeten, nämlich Frankreichs, an einen fremden Dienst weitergeleitet hat. Unklar ist zudem, welche Gegenleistungen Berlin erhalten hat. Berichtet wird, US-Stellen hätten etwa geholfen, die Quelle eines Informationslochs im Kanzleramt aufzudecken. Während Forderungen laut werden, den Einfluss der NSA zurückzudrängen und dem BND entsprechende Fähigkeiten zu verschaffen, erklären andere, die weltpolitischen Konflikte seien bereits so weit vorangeschritten, dass eine allzu starke Abgrenzung gegenüber der US-Spionage schädlich sei: Vorrang habe der Kampf gegen Russland und den Terror.

Frühzeitig informiert

Das Bundeskanzleramt ist schon frühzeitig über die Bemühungen des US-Militärgeheimdienstes NSA informiert worden, beim Bundesnachrichtendienst (BND) illegal Informationen über deutsch-französische Konzerne und über Politiker und Behörden anderer europäischer Staaten abzugreifen. Dies geht aus Berichten hervor, die am Wochenende bekannt wurden.

Zehntausende Selektoren

Hintergrund der Berichte ist die überaus enge Abhörkooperation, die Berlin und Washington 2002 im Rahmen des sogenannten Anti-Terror-Krieges vereinbart hatten. Sie bezog sich vor allem auf Spionageergebnisse aus dem Nahen und Mittleren Osten und Afghanistan, beschränkte sich aber nicht darauf. Die NSA hat beim BND, wie es heißt, auch Kommunikationsdaten von Personal großer deutsch-französischer Industriekonzerne, französischer Behörden und der EU angefordert. Die Rede ist mittlerweile von mehreren zehntausend "Selektoren" (Suchbegriffe bzw. -nummern), über die die US-Spionage bei ihren deutschen Kollegen Auskunft begehrte. Genannt werden exemplarisch EADS und Eurocopter. Unklar bleibt, wessen Kommunikationsdaten genau in die Vereinigten Staaten weitergeleitet wurden; weder der BND noch das Kanzleramt, das ihn beaufsichtigt, haben dazu bislang näheres mitgeteilt.

"Nicht im gemeinsamen Interesse"

Dabei ist das Bundeskanzleramt offenkundig bereits seit Jahren über die Vorgänge informiert. Wie es in einem Pressebericht vom Wochenende heißt, findet sich in einem BND-Vermerk bereits 2005 die Aussage, die NSA suche die Spionage "auf Bereiche auszudehnen, die nicht im gemeinsamen Interesse liegen".[1] "Gleich mehrmals" habe der BND über die Verstöße berichtet, sei damit jedoch im Kanzleramt ignoriert worden. Unklar ist, ob das BND-Vermerk vor oder nach dem Regierungswechsel notiert wurde; vor dem Wechsel amtierte Frank-Walter Steinmeier (SPD) als für den BND zuständiger Kanzleramtschef, nach ihm hingegen Thomas de Maizière (CDU). In de Maizières Amtszeit fällt jedenfalls der vertrauliche Bericht über die NSA-Spionagebestrebungen, den der BND 2008 dem Kanzleramt zur Verfügung stellte. Auch 2010 soll die deutsche Auslandsspionage den Chef des Bundeskanzleramts auf die US-Praktiken hingewiesen haben. Damals bekleidete Ronald Pofalla (CDU) das Amt.[2]

Geschäft auf Gegenseitigkeit

Während Politiker und Medien allgemein die Schädigung deutscher Interessen durch die Preisgabe von Unternehmensdaten anprangern, bleiben der wirkliche Schaden für Deutschland wie auch die Gegenleistungen, die Berlin in Anspruch nehmen konnte, im Dunkeln. Grundsätzlich ist, wie nun auch aktuelle Medienberichte bestätigen, die deutsch-US-amerikanische Geheimdienstkooperation ein "Geschäft auf Gegenseitigkeit": "Von den Deutschen kommt Personal", heißt es exemplarisch, "die NSA liefert Analyse-Software".[3] Berlin konnte sich in der Vergangenheit darauf verlassen, im Gegenzug zur Weiterleitung von

Daten an US-Stellen von diesen über Aktivitäten deutscher Jihadisten informiert zu werden; deutsche Geheimdienstler haben immer wieder bestätigt, sie verdankten die Aufdeckung geplanter Terroranschläge US-Hinweisen. Laut Berichten erhielt Berlin vor einigen Jahren auch Hilfe aus Washington, als es herauszufinden suchte, wie Geheimdienst-Informationen an die Medien gelangten. US-Dienste übermittelten belastendes Material über einen Mitarbeiter der Geheimdienstabteilung im Bundeskanzleramt, der dann Ende August 2011 versetzt und mit Archivarbeiten betraut werden konnte - das Informationsloch war gestopft.[4]

Verbündete ausgespäht

Unklar ist, ob die Kommunikationsdaten von Mitarbeitern großer Konzerne in Washington als adäquate Gegenleistung betrachtet werden konnten. Bei Airbus (Ex-EADS) etwa heißt es, man sei nicht sonderlich beunruhigt, da man längst die nötigen Vorkehrungen getroffen habe: "Wir sind uns im Klaren darüber, dass unser Unternehmen Ziel für Ausspähung von verschiedener Seite ist, und treffen entsprechende Maßnahmen", wurde ein Airbus-Sprecher Ende letzter Woche zitiert.[5] Anders verhält es sich womöglich mit den Kommunikationsdaten französischer Behörden und von EU-Politikern, die der BND laut den Berichten an die NSA weitergeleitet hat. Stellungnahmen der Bundesregierung liegen dazu bislang noch nicht vor, obwohl Berlin nicht nur zu erläutern hätte, weshalb der Dienst Daten eines der engsten Verbündeten Deutschlands an einen fremden Geheimdienst weiterleitet, sondern auch, wieso es sich überhaupt in den Besitz dieser Daten bringt.

Auf Augenhöhe

In Berlin sind die Reaktionen auf die neuen Berichte über die deutsch-US-amerikanische Spionagekooperation geteilt. Die Mehrheit reagiert mit heftiger Empörung und dringt energisch darauf, die Bindungen an die US-Dienste zu reduzieren. Dies entspricht den Bemühungen, die die Regierung bereits beim Beginn des NSA-Skandals im Sommer 2013 eingeleitet hat - und die darauf abzielen, die Kooperation mit der US-Spionage bei gleichzeitiger Aufrüstung des BND einzuschränken, um mit Washington "auf Augenhöhe" zu gelangen (german-foreign-policy.com berichtete [6]). In den USA betrachteten manche Deutschland als "einen kleinen Bruder, der ihnen zuliefert", monierte etwa der Linkspartei-Außenpolitiker Stefan Liebich im vergangenen Jahr.[7] Die Haushaltsmittel für den BND seien "erheblich" aufzustocken, forderte zur selben Zeit der CDU-Militärpolitiker Roderich Kiesewetter: Die deutsche Spionage müsse "fähig" sein, "mit der NSA auf Augenhöhe zu kommunizieren".[8]

Untergeordnete Bedeutung

Dem stehen teils prominente Stimmen gegenüber, die urteilen, das transatlantische Bündnis befinde sich bereits in einem solchen Maße im Konflikt mit anderen Staaten und mit transnationalen Kräften, dass eine allzu starke Abgrenzung gegenüber der US-Spionage schädlich sei. Ohne die Kooperation des BND mit der NSA etwa "wäre die Sicherheits Deutschlands gefährdet", heißt es: "Da das so ist, haben alle diese Angriffe", zuletzt die aktuellen Beschwerden über die Weiterleitung fremder Daten durch den deutschen Auslandsgeheimdienst, "für die Arbeit des BND untergeordnete Bedeutung." "Viel wichtiger sind", heißt es weiter, "Russland, China, Terror." [9] Der globale Einflusskampf der Bundesrepublik reißt nicht nur in der Außen- und Militärpolitik, sondern auch im Innern sämtliche bisherigen Standards ein.

Weitere Informationen zur Kooperation von BND und NSA finden Sie hier: [Auf Augenhöhe mit den USA](#) , [Der Airbus für's Internet](#) , [Eine deutsch-europäische NSA](#) , [Noch nicht auf Augenhöhe \(II\)](#) , [Vorbild NSA](#) und [Erfordernisse der Weltpolitik](#) .

[1] Georg Mascolo, John Goetz: BND-Affäre: EU und Frankreich auf NSA-Spionageliste. [www.sueddeutsche.de](#) 24.04.2015.

[2] Kanzleramt wusste schon 2008 von NSA-Spionage. [www.faz.net](#) 26.04.2015.

[3] Georg Mascolo, John Goetz: BND-Affäre: EU und Frankreich auf NSA-Spionageliste. [www.sueddeutsche.de](#) 24.04.2015.

[4] Unzulässige NSA-Selektoren: Kanzleramt soll Warnungen des BND ignoriert haben. [www.golem.de](#) 26.04.2015.

[5] Airbus reagiert gelassen auf Späh-Aktionen. [www.rp-online.de](#) 24.04.2015.

[6] S. Dazu [Noch nicht auf Augenhöhe \(II\)](#) , [Vorbild NSA](#) und [Erfordernisse der Weltpolitik](#) .

[7] "Zwischen Staaten existiert keine Freundschaft". [www.deutschlandfunk.de](#) 10.07.2014.

[8] Malte Lehming: Der Cyberkrieg ist längst Alltag. [www.tagesspiegel.de](#) 08.07.2014.

[9] Jasper von Altenbockum: Circus Maximus. Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.04.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com